

Programm

10:00 Uhr **Ankommen**

10:30 Uhr **Begrüßung**

Magdalena Finke, Staatssekretärin des Ministeriums für Inneres Kommunales Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein

Gaby Häuser, Geschäftsführerin des Landespräventionsrates und Yuliya Detlefsen, Leiterin Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein

Vorstellung des Kooperationsverbunds „Verantwortung übernehmen im Norden – Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“

Slam Poetry

Björn Högsdal

11:15 Uhr **Keynote: Hass und Hetze – eine juristische Einordnung**

Sebastian Zwiebel, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/Main

12:00 Uhr **Mittagspause**

13:00 Uhr **Austauschrunden**

14:30 Uhr **Kaffeepause**

15:00 Uhr **Podiumsdiskussion mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie aus der Politik: Strategien und Handlungsansätze gegen rechtsextreme Anfeindungen und Angriffe**

Dr. Carolin Urban (Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein), Bodil Diederichsen (Mediemanstalt HSH), Oliver Windgassen (Stop Hate), Prof. Dr. Eva Groß, Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg, Kommunalpolitiker:in (angefragt)

16:30 Uhr **Wir bleiben auf Kurs – Abschlusswort**

Moderation Anton Mikoleit

Anmeldung

Anmeldungen unter folgenden Link:

phpefi.schleswig-holstein.de/veranstaltungen/index_veranst.php?showid=591

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Veranstaltungsort

Steigenberger Conti Hansa
Schloßgarten 7
24103 Kiel

Hinweis

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die durch demokratie-, menschen- oder verfassungsfeindliche Äußerungen oder Handlungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu unseren Veranstaltungen zu verwehren oder sie von diesen auszuschließen. Hierzu zählen insbesondere Personen, die neonazistischen oder extrem rechten oder sonst extremistischen Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten oder sonst einer extremistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische, sexistische, homosexuellen- oder transfeindliche Äußerungen oder Handlungen in Erscheinung getreten sind.

Kontakt

**Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein
beim Landespräventionsrat**

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel

Verantwortung übernehmen im Norden

Der Fachtag findet im Rahmen der seit 2000 regelmäßig veranstalteten Reihe des Kooperationsverbunds „Verantwortung übernehmen im Norden – Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ statt.



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Verantwortung
übernehmen
im Norden

**GEMEINSAM
HASS UND HETZE
BEGEGNEN**

**Strategien und
Handlungsansätze
gegen rechtsextreme
Anfeindungen und
Angriffe**

FACHTAG

**10. November 2023
Kiel**

Einleitung

Hass und Hetze, häufig zunächst digital geäußert, beeinflussen zunehmend den öffentlichen Diskurs, verschieben Grenzen des Sagbaren und führen auch zu tätlichen Angriffen. Dies beeinträchtigt vermehrt den Alltag von Betroffenen, zu denen unter anderem marginalisierte Gruppen, Ehrenamtliche, Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung und Kommunalpolitiker:innen gehören. Die Fachtagung des Kooperationsverbunds „Verantwortung übernehmen im Norden“ wird dieses Thema darum in den Fokus nehmen. Netzwerkpartner:innen und Fachpublikum treffen sich, um sich auszutauschen und neue Impulse für ihre Arbeit zu gewinnen.

Nach der Begrüßung wird Sebastian Zwiebel von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/Main das Thema in einer Keynote zunächst juristisch einordnen. Danach werden die Teilnehmer:innen in fünf verschiedenen Austauschrunden diverse Aspekte im Zusammenhang mit dem Thema „Hass und Hetze“ tiefergehend besprechen. In der abschließenden Podiumsdiskussion werden Vertreter:innen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, sowie potenziell Betroffene aus der Politik auf aktuelle Herausforderungen eingehen und einen Blick darauf werfen, was zukünftig verstärkt gegen Hass und Hetze von Rechts getan werden muss.

„Verantwortung übernehmen im Norden – Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ ist eine Kooperation der Landespräventionsräte und Landesdemokratiezentren Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Arbeit & Leben Niedersachsen, der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration Hamburg, des Beratungsnetzwerks Hamburg, der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern| Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz, des DGB Nord sowie des Demokratiezentrum Land Bremen gemeinsam mit dem Zentrum Demokratische Bildung angesiedelt bei Arbeit und Leben. Sie dient insbesondere der Vernetzung in den Bereichen Rechts-Extremismusbekämpfung und Stärkung der Demokratie.

Austauschrunden

1. Wortergreifungsstrategie 2.0? Toxische Kommunikation und neue Rechte

Die Verwendung von „dunkler Rhetorik“ oder „toxische Kommunikation“ möchte das Entstehen von verbalen Austauschprozessen verhindern. Im schlimmsten Falle werden Menschen eingeschüchtert und zum Verstummen gebracht. Dies ist für einen offenen demokratischen Dialog geradezu fatal. Um wirksam dagegen vorzugehen, müssen die Formate und Strategien toxischer Kommunikation in der Praxis bekannt sein. In dieser Austauschrunde wird ein Überblick über (Warn)Hinweise und erfolversprechende Gegenstrategien gegeben und mit den Teilnehmenden über Erfahrungen und Handlungsansätze diskutiert.

Referent: Dr. Daniel Trepsdorf, Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg, M-V

2. Meldeplattform der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet - Niedersachsen (ZHIN).

Wer Opfer oder Zeuge eines „Hasspostings“ wird, kann dieses unter www.hassanzeigen.de anzeigen, damit ein solches Verhalten nicht folgenlos bleibt. Strafanzeigen können kostenlos und auch ohne Hinzuziehung eines Rechtsanwalts selbst auf der Meldeplattform der Staatsanwaltschaft Göttingen gestellt werden. „Hasspostings“ richten sich häufig gegen Personen, die durch ihr Mandat oder Amt, aufgrund ihrer Herkunft, Religionszugehörigkeit oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe in der Öffentlichkeit stehen.

Das Ziel von www.hassanzeigen.de ist die effektive Verfolgung von Personen, die sich in strafbarer Weise unter Zuhilfenahme des Internets äußern und sich durch stark aggressives Auftreten, Einschüchterung und Androhung von Straftaten auszeichnen. Durch diese Form von Hasskriminalität wird nicht nur das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Betroffenen, sondern auch der politische Diskurs in der demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung angegriffen und in Frage gestellt.

Der Vortrag gibt Einblicke in die Organisation der Zentralstelle und dem Betrieb der digitalen Meldeplattform. Insbesondere wird auf die strafprozessualen Besonderheiten bei der Verfolgung

von „Hasspostings“ und die Instrumentarien bei Ermittlungen im Internet eingegangen. Anschauliche Beispiele aus der Praxis zeigen die Besonderheiten dieses Themas und auch die Auswirkungen der digitalen auf die physische Welt.

Referent: Swen Weiland, ZHIN Niedersachsen

3. Stärkung demokratischer Diskussionskultur in der Kommunalpolitik - Strategien und Lösungsansätze

Wir sind überzeugt: Eine gute Diskussionskultur ist Voraussetzung für effektive Gremienarbeit und gelungene demokratische Praxis. In dem Workshop schauen wir auf die Zustände in kommunalen Vertretungen: Setzt sich der gesellschaftlich immer rauer werdende Ton auch in den Gemeinde- und Stadtvertreter:innenversammlungen fort? Welchen Herausforderungen begegnen Ratsmitglieder? Gemeinsam erarbeiten wir Strategien und Lösungsansätze für eine gute Diskussionskultur.

Referent:innen: Katrin Klubert und Vanessa Zohm, Körber-Stiftung

4. Kommunalpolitiker:innen sowie Mitarbeiter: innen im öffentlichen Dienst als Betroffene von Hass und Hetze

Seit einigen Jahren nehmen Hass und Hetze gegen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Kommunalpolitiker:innen sowie Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst zu – online wie offline. Hassnachrichten in Sozialen Netzwerken oder per E-Mail können zu persönlichen Bedrohungen oder sogar Gewalttaten führen. Um sich davor zu schützen, sind Hilfsangebote für Betroffene und die Vernetzung untereinander besonders wichtig.

Das World Café richtet sich insbesondere an (potenziell) betroffene Personen. Anhand verschiedener Leitfragen können sich die Teilnehmer:innen austauschen und diskutieren. Dabei geht es zum einen um die aktuelle Lage. In welchen Formen äußern sich Hass und Hetze? Welche Unterschiede gibt es z.B. zwischen Land und Stadt und digitalen und analogen Angriffen? Zudem werden präventive Schutzmaßnahmen vorgestellt und so weiterentwickelt, dass die Teilnehmer:innen sie in ihrer persönlichen Situation anwenden können und 'diskutiert wie eine demokratische Öffentlichkeit soweit gestärkt werden kann, um Kommunalpolitiker:innen bei öffentlichen Auftritten ein sicheres Umfeld zu bieten. Schließlich wird es auch darum gehen, was Betroffene tun können, wenn sie

rechte Bedrohungen und körperliche Angriffe erlebt haben. Welche Hilfsangebote gibt es, im digitalen Raum und in der Umgebung? Was für Handlungsstrategien können Betroffene anwenden, um sich und ihr direktes Umfeld zu schützen?

Das World Café wird geleitet von den mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein (AWO LV SH e.V., AKJS SH e.V.) und dem Zentrum für Betroffene rechter Angriffe (ZEBRA e.V.) aus Schleswig-Holstein.

Referenten: Torsten Nagel (AWO LV SH e.V.), Lasse von Bargen (AKJS SH e.V.), Felix Fischer (ZEBRA e.V.)

5. Zivilgesellschaft und Polizei - Perspektiven der Zusammenarbeit

Im Umgang mit Bedrohungen und Gewalt von Rechts verfolgen zivilgesellschaftliche Organisationen und Polizeibehörden oftmals unterschiedliche Handlungsstrategien und vertreten teils gegensätzliche Positionen. Allgemein gilt das Verhältnis zwischen den beiden Akteurinnen daher als distanziert bis angespannt. Allen Widersprüchen zum Trotz können Zivilgesellschaft und Polizeibehörden jedoch mit ihren jeweiligen Expertisen und Funktionen durch gezieltes und entschiedenes Handeln gemeinsam eine stärkere Wirkung gegen Anfeindungen und Gewalt von Rechts erzielen. Die Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen, insbesondere im Umgang mit Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, sollte gestärkt und erprobt werden. Auf verschiedenen Ebenen gibt es bereits bundesweiten Austausch und erste Kooperationsformate. Aber wo genau ergeben sich die Schnittmengen und Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit? Wer sollte daran beteiligt sein, und wie können kleine Erfolge nachhaltig gesichert werden?

Diesen und weiteren Fragen widmet sich dieser interaktive Workshop. Zunächst wird der sozialraumorientierte Ansatz des Hamburger Modellprojekts „Zivilgesellschaft und Polizei“ in Form eines kurzen Werkstattberichts vorgestellt. Anschließend sollen die Teilnehmenden gemeinsam die Voraussetzungen, Herausforderungen und Perspektiven einer Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Polizei vor allem, aber nicht nur, im Themenfeld Beschwerdemanagement und Umgang mit und Schutz von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt diskutieren

Referentin: Annelie Molapisi, Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration